



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

E/XI/133 - 13. Juni 1956
Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-38
Fernschreiber 0 688 890

Das Vermächtnis des 17. Juni	S. 1
Abbröckelungsprozess der polnischen Emigration	S. 3
Wochenschauen und politische Meinungsbildung	S. 4
Das Geld für die Besatzungstruppen in Westdeutschland	S. 6
Das Eingeständnis des Herrn Euler	S. 7

Unvergessene Tage - unvergessene Opfer

Von Herbert Wehner, M.d.B.

Drei Jahre sind seit den dramatischen Ereignissen des 17. Juni 1953 vergangen. Mehr denn je haben wir Anlass zu der bohrenden Frage, ob wir Deutschen und die übrige Welt wirklich verstanden haben, was uns die demonstrierenden und streikenden Arbeiter jenseits der Zonengrenze damals sagen wollten, und ob wir alles getan haben, was uns durch sie aufgetragen worden ist.

Wir gedenken derer, die damals aus den Betrieben auf die Strassen gingen, um eine von oben verfügte ungerechtfertigte Normenerhöhung abzuwehren. Wir beugen uns vor dem Mut, mit dem sie alle Hindernisse und Beschwichtigungsversuche beiseite stiessen. Wir erkennen beste Traditionen der sozialistischen Arbeiterbewegung in der Kühnheit, mit der die streikenden und demonstrierenden Arbeiter ihren Protest gegen die Normenerhöhung zu einem Protest gegen die in der "DDR" herrschenden Zustände ausweiteten und sich gegen den permanenten Verfassungsbruch, für Rechtssicherheit, gegen die Unterdrückung der Vereinigungs- und politischen Freiheit, für die freie Betätigung der Sozialdemokratischen Partei auch in Mitteldeutschland, für die Wiedervereinigung Deutschlands erhoben.

Für die arbeitenden Menschen in der sowjetisch besetzten Zone unseres Landes waren die Kampftage um den 17. Juni 1953 Feiertage eigener Art. Sie wurden ergriffen und bewegt von dem unbezähmbaren Drang, Zeugnis abzulegen für ihren glühenden Wunsch, endlich in einem vereinigten

13. 6. 1956

Deutschland als freie Menschen leben zu können. Es blieb ihnen nicht erspart, dann die Enttäuschung auszukosten. Sie mussten erleben, dass sie allein blieben. Die offizielle "Ordnung" triumphierte. Wenn auch nur durch den Einsatz der Panzer der Besatzungsmacht. Schlimmer als das Standrecht war noch die kalte Rache, die von den Ulbricht und Benjamin nach einigem Abstand von den stürmischen Tagen geübt wurde. Zwar gestand Ministerpräsident Grotewohl in einer Rede vor den Arbeitern des Transformatorwerks in Berlin: "Die gegenwärtige Situation ist das Ergebnis einer fehlerhaften Politik unserer Partei (der SED; der Verfasser) und der daraus resultierenden falschen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Massnahmen durch die Regierung; das ist vollkommen klar." Aber die Ulbricht und Benjamin versuchten nachträglich, diese Klarheit in ihr Gegenteil zu verkehren, indem sie behaupteten, es habe sich um eine "faschistische Provokation" und um ein von aussen vorbereitetes und gelenktes Unternehmen gehandelt.

Wegs, die Schranken abzutragen

Es gibt kaum einen Volksaufstand, kaum eine Volksbewegung in der Geschichte, in denen nicht auch Provokateure und Brandstifter aufgetaucht sind. Durch sie können die grossen und hehren Züge der Volksbewegung zwar verunreinigt oder gar verzerrt, aber sie können nicht ausgelöscht werden. So ist es auch beim 17. Juni 1953. Das Gedenken an die, die aus den Betrieben auf die Strassen zogen, bleibt ungetrübt. Sie haben der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung ein ehrenvolles Kapitel hinzugefügt. Sie haben für die schliessliche Lösung der "deutschen Frage" mehr geleistet als die Staatsmänner, die mit den Mitteln der Diplomatie und der Politik dieser Lösung immer noch nicht näher gekommen sind.

In den Strafanstalten der "DIR" sitzen noch Gefangene, die wegen der Ereignisse vom 17. Juni verurteilt worden sind. Die Regierung Grotewohl-Ulbricht hat es noch nicht über sich gebracht, sie freizugeben, obwohl andere Gefangene vom 17. Juni, die zur Strafverbüssung nach der Sowjetunion gebracht worden waren, inzwischen dort arrestiert worden sind. Sollte es nicht an der Zeit sein, die Opfer einer Situation, von der Grotewohl selbst gesagt hat, sie sei das Ergebnis einer fehlerhaften Politik seiner eigenen Partei, zu begnadigen? Ein solcher Akt könnte, ja er müsste dazu dienen, Schranken in Deutschland abzutragen.

Was wir selbst zu tun verpflichtet sind

Wir wollen aber nicht nur fordern, was andere tun sollen. Wir wollen uns vor allem darauf besinnen, was wir selbst zu tun verpflichtet sind.

13. 6. 1956

damit das Vermächtnis derer, die am 17. Juni für uns alle eintraten, erfüllt werde. Die Fürsorge für die Opfer und ihre Angehörigen darf nicht nur Sache der "zuständigen" Verwaltungsstellen sein. Die Sorge um die Millionen, die jenseits der Zonengrenze leben, muss so in uns brennen, dass sie zur handelnden Kraft in der politischen Arena wird.

Müssen wir nicht endlich wirkliche Anstrengungen machen, damit der Prozess der Demokratisierung im Deutschland jenseits der Zonengrenze wirkliche Fortschritte macht? Sind wir berechtigt, auf dieser Seite der Zonengrenze so zu handeln, als hätten wir uns nicht darum zu kümmern, welche Auswirkungen unsere Gesetze, Verordnungen und Massnahmen auf die da drüber und auf das Ganze haben? Muss ausgerechnet in einer Zeit, in der man sich in der übrigen Welt auf dem Wege der Entspannung der Gegensätze vorwärts tastet, die Bundesrepublik ein Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht einführen? Muss die deutsche Politik nicht vor allem vor dem Bestreben getragen sein, auch innerdeutsch eine Entspannung zu verwirklichen? Darf der Bundeskanzler ungerügt im Ausland als Siegelbewahrer des Kalten Krieges und als Herausforderer mit seiner Politik der starken Worte auftreten?

Alle tragen sie Verantwortung

Auf beiden Seiten der Zonengrenze müssen durch Tatsachen Schritte zur Annäherung der Teile Deutschlands unternommen werden. Das Blut derer vom 17. Juni 1953 muss daran gemahnen, dass eine blutende Grenze durch unser Land geht. Heute genügt es nicht mehr, einander aufzurechnen, was jede Seite der anderen Seite vorzuwerfen hat. Eines Tages werden sich alle dafür zu verantworten haben, ob sie das Menschenmögliche getan haben, um die durch den Hitlerkrieg verursachte und von den Besatzungsmächten vollstreckte Teilung unseres Landes zu überwinden.

An die Adresse derer, die jenseits der Zonengrenze in der von der Besatzungsmacht ihnen verliehenen Machtpositionen verharrten, als könnten sie dem Zeichen der Zeit gegenüber unbeweglich bleiben, sei gerade an diesem Tage des Gedenkens und der Besinnung ein Wort gerichtet, das Karl Marx im Juni des Jahres 1848 in der "Neuen Rheinischen Zeitung" dem Andenken der Pariser Juni-Kämpfer widmete:

"Der tiefe Abgrund, der sich vor uns eröffnet hat, darf er die Demokraten irren, darf er uns wännen lassen, die Kämpfe um die Staatsform seien inhaltlos, illusorisch, null?
Nur schwache, feige Gemüter können die Frage aufwerfen. Die Kollisionen, welche aus den Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaft selbst hervorgehen, sie müssen durchkämpft, sie können nicht wegphantasiert werden.
Die beste Staatsform ist die, worin die gesellschaftlichen Gegensätze nicht verwischt, nicht gewaltsam, also nur künstlich, also nur scheinbar gefasst werden. Die beste Staatsform ist die, worin sie zum freien Kampf und damit zur Lösung kommen".

+ + +

Russlandgegner kehrt nach Polen zurück

O.H. Der Erfolg, den das Warschauer Regime im Herbst 1955 mit der Rückkehr des damals amtierenden Ministerpräsidenten der Londoner polnischen Exilregierung, Hugo Hanke, erzielte, wird jetzt durch einen neuen Übertritt noch übertroffen: Der Vorgänger Hankes, Stanislaw Mackiewicz, hat in London bekanntgegeben, dass er noch in diesem Monat nach Polen zurückkehren werde.

Mackiewicz ist unter den Exilpolitikern, die sich dem Warschauer Regime anvertrauen, zweifellos der bedeutendste. Nicht nur, dass er im Gegensatz zu Hanke, der nur wenige Tage Regierungschef in London war, über ein Jahr lang dieses Amt bekleidete, sondern er stand schon im Vorkriegspolen immer im Vordergrund des politischen Geschehens. Allerdings war Mackiewicz ein Alleingänger. Er befand sich oft im Gegensatz zu den politischen Parteien, nicht selten auch zu den Grundsätzen der Demokratie überhaupt.

Was Mackiewicz für uns Deutsche besonders interessant macht ist, dass er einer der wenigen deutschfreundlichen polnischen Politiker ist. Seit den ersten Jahren des wiedererstandenen Polens nach dem Ersten Weltkrieg hat Mackiewicz der polnisch-deutschen Verständigung unentwegt das Wort gesprochen. Er tat es auch dann noch, als sich die offizielle polnische Politik unter Außenminister Beck im Frühjahr 1939 angesichts der Bedrohung durch das Dritte Reich bereits dem Bündnis mit England zugewandt hatte. Wegen dieser Haltung wurde der ergebenste Anhänger des Pilsudski-Regimes sogar in das Konzentrationslager gesteckt. Noch im Jahre 1950 schrieb Mackiewicz im Exil: "1939 unternahm Polen einen verrückten Selbstmord entsprechend seiner exaltierten Auffassung von der nationalen Ehre." Andererseits war er ein scharfer Gegner Russlands. Das von ihm redigierte konservative Blatt "Slowo" in Wilna war vor dem Krieg führend im Kampf gegen das bolschewistische Russland, wie er auch im Londoner Exil die Rückgabe der von der Sowjetunion abgetrennten polnischen Ostgebiete bis zuletzt leidenschaftlich forderte. Demgegenüber liess er für den deutschen Anspruch auf die Oder-Neisse-Gebiete wiederholt Verständnis erkennen.

Angesichts der von Mackiewicz bisher konsequent eingenommenen Haltung ist sein Entschluss um so verwunderlicher. Oder glaubt er wirklich, die Veränderungen in Polen seien so weitgehend, dass er seine

Auffassungen dort wird vertreten können? Die von ihm in London abgegebene Begründung für seinen Entschluss zur Rückkehr nach Polen lässt einen starken Glauben an die dort eingetretenen Veränderungen erkennen, wie er andererseits bittere Worte an die zurückbleibenden Exilpolitiker und an die Westmächte richtet.

Auf jeden Fall kann Warschau im Kampf gegen die polnische Emigration, die zweifellos noch immer eine bedeutende moralische Kraft ist, ihren bisher grossten Einzelerfolg buchen. Sollte der in Polen eingetretene Kurswechsel anhalten und vertieft werden, so dürften weitere Abbröckelungen in der Emigration kaum aufzuhalten sein. An der Haltung, die Mackiewicz nach seiner Rückkehr nach Polen an den Tag legen wird, muss es sich zeigen, wie weit die Freiheit der Meinung dort wieder möglich ist. Denn dass der alte konservative Mann seine Grundsätze aufgeben wird, ist unwahrscheinlich. Jedenfalls ist mit diesem Schritt Mackiewicz's, dessen Politik immer die Verständigung mit Deutschland und schärfste Abkehr vor Russland gewesen ist, ein Ereignis eingetreten, dessen Auswirkungen sorgsam beobachtet werden müssen.

* * *

Die Wochenschau - Spiegel der Zeit ?

U.D. - Die grosse Mehrheit der Staatsbürger bezieht ihre politischen Informationen nicht zuletzt aus den Wochenschauen. Die Neigung des Menschen unserer Zeit, sich eher durch das Bild als durch ein geschriebenes Wort ansprechen zu lassen, vergrössert die Wirkungsmöglichkeiten der Wochenschauen auf die politische Meinungsbildung. Es ist deshalb von grosser Bedeutung, von welchem Geist und Stil diese aktuellen Filmstreifen geprägt werden, und hier steht es mehr schlecht als recht.

Da sah man doch kürzlich den NATO-General Gruenther in Bonn. Er bestätigte, so hiess es, dass die Bundesrepublik die Wehrpflicht und eine halbe Million Soldaten benötige. Wohlgemerkt, der General bestätigte dies. In dieser Wortwahl wird ein Tatbestand deutlich, der die Arbeit unserer Wochenschauen weitgehend bestimmt: Ihr Konformismus gegenüber der gegenwärtigen Bundesregierung. Es ist nicht Sache eines NATO-Generals, den Deutschen zu "bestätigen", dass diese oder

jene militärische Lösung richtig sei.

Aber sehen wir weiter: Es vergeht kaum eine Woche, in der nicht Militärparaden, militärische Empfänge für Monarchen und Staatsmänner über die Leinwand flimmern. Das nennt man dann den politischen Teil der Wochenschau, und wir möchten dem hinzufügen, dass dies eine ebenso wirksame wie gefährliche Art der Volksverdummung ist. Wem nützt es, wenn der Staatsbürger daran gewöhnt wird, sich das politische Geschehen als eine Folge von Paraden, Empfängen und Festessen vorzustellen? Haben die Manager der Wochenschauen nie etwas davon gehört, dass die Demokratie von der Bereitschaft möglichst vieler Menschen abhängig ist, tätig in die Politik einzugreifen? Und wissen sie nicht, wozu es führt, wenn man den Leuten eine politische Wirklichkeit vorgaukelt, die den Kern der Sache kaum berührt?

Sentimental sind auch die Berichte, die sich mit der deutschen Innenpolitik beschäftigen. So sah man kürzlich den Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Fritz Berg, in seinem Betrieb und erfuhr, dass es eine seiner Lieblingsbeschäftigungen sei, verdiente Belegschaftsangehörige auszuzeichnen. Genauer kann man nicht auf den "kleinen Mann" zielen.

Wir brauchen uns jedoch nicht auf die Politik zu beschränken, um die Tendenz zu kennzeichnen, die unsere Wochenschauen zu propagieren für richtig halten. In dem meist sehr ausgedehnten Sportteil der Bildberichterstattung nehmen die Sensationen den ersten Platz ein. Dies geschieht, obwohl wir wissen, dass es heute kaum eine wirkliche Sportbegeisterung gibt. Die Zuschauer auf den Sportplätzen sind Statisten; sie frönen der gleichen Neigung wie in ihrer Haltung zur Politik: Sie wollen sich etwas bieten lassen, ohne sich selber zu engagieren. Die Art, in der die Wochenschau den Sport kommentiert, bestärkt den Kinobesucher geradezu in dieser Neigung. Auch hier sehen wir also, dass die pädagogischen Möglichkeiten des Films ungenutzt bleiben.

Wir würden die Manager der Wochenschauen unterschätzen, wollten wir annehmen, ihnen sei das alles nicht bekannt. Sie denken sich natürlich etwas dabei, wenn sie ihre Streifen so und nicht anders drehen. Und deshalb kommt es darauf an, diesen Leuten klarzumachen, dass die denkenden Menschen in Deutschland keine Lust haben, sich jede Woche im Beiprogramm des Films veralbern zu lassen. Sollte es politische Parteien geben, die sich einem Widerstand gegen die gegenwärtige Wochenschau-

politik verschliessen, so mögen sie einmal überlegen, ob es um tagespolitischer Vorteile Willen lohnt, das Fundament eines demokratischen Gemeinwesens untergraben zu lassen. Nichts anderes aber ist die Wirkung der Wochenschauen.

+ + +

Fraglich gewordenes Gastgeschenk

sp. Drei Dinge hätte die amerikanische Öffentlichkeit dem Bundeskanzler bei seiner Ankunft in den USA im besonderen Masse gutgeschrieben: einen "Kompromiss mit der SPD über die allgemeine Wehrpflicht", seinen Erfolg in der Saarfrage und die Regelung der Stationierungskosten - so hiess es jedenfalls in dem Bericht einer grossen deutschen Zeitung aus Washington.

Zum ersten Punkt hat bereits der Pressechef der SPD, Heine, darauf verwiesen, dass die amerikanische Presse in dieser Hinsicht offenbar falsche Informationen durch Bonner Regierungsstellen aufgesessen sei: an der ablehnenden Haltung gegen das Wehrpflichtgesetz habe sich nicht das geringste geändert. - Den gegenwärtigen Stand der Saarfrage Adenauer gutzuschreiben, der von Beginn an für das Gegenteil der jetzt vorgesehenen Lösung eintrat, ist schlechthin unverständlich. Nur die Regelung der Stationierungskosten schien bis vor wenigen Tagen tatsächlich eine Sache zu sein, die die Amerikaner mit besonderer Dankbarkeit als Gastgeschenk hätten annehmen können.

Aber hier hat sich die Situation entscheidend geändert. Die parlamentarische Verabschiedung der von der Regierung beschlossenen Zahlung ist dadurch wieder höchst unsicher geworden, dass die Alliierten selbst erklärten, ihre Forderungen bezögen sich nicht nur auf das Kalenderjahr, das am 1. Mai 1956 begann, sondern, in unbekannter Höhe, auch auf eine folgende unbefristete Zeit. Das hat über die Oppositionsparteien hinaus - die in jedem Fall gegen eine Bewilligung der notwendigen Mittel von 1 1/2 Milliarden in einem Nachtragshaushalt stimmen werden - auch grösste Unruhe in die CDU getragen. Sie ist in ihrer Zustimmung zu einer finanziell so schwerwiegenden, auf keiner vertretbaren rechtlichen Grundlage beruhenden Massnahme, wieder schwankend geworden.

Unter diesen Umständen bewegen sich auch die gegenwärtigen Verhandlungen mit der britischen und der französischen Regierung über den von ihnen gewünschten Anteil an dem deutschen Beitrag für die Stationierungskosten einigermaßen im luftleeren Raum.

+ + +

"Nicht nur Amerikaner"

sp. Der Bundestagsabgeordnete August Martin Euler hat nun, nach largem Schweigen, selbst bestätigt, Geld vom Ausland für die Finanzierung des Wahlkampfes 1953 erhalten zu haben. Er erhielt es von einem privaten Kreis, "und es handelt sich nicht nur um Amerikaner." Damit ist vor einiger Zeit die an ihn gerichtete Frage, ob es Rubel- oder Dollarquellen waren, beantwortet. Natürlich waren es keine Rubel und Dollar. Was hätte er auch damit anfangen sollen? Es waren gute bundesrepublikanische Markscheine in der Höhe von fast einer Million, und mit diesem Riesenbetrag liess sich der Kampf gegen deutsche Landeute und deutsche Parteien wohl führen.

Euler führte und führt ihn in der ihm gemässen Weise. Auch mit der Waffe der Verleumdung. Den totkranken Kurt Schumacher nannte er einst das "Trojanische Pferd Nr. 1 des Kommunismus in der Bundesrepublik", und die Sozialdemokratie eine "quasi -staatsfeindliche Opposition". Das geschah im Spätfrühling 1952, und Anlass dazu gab eine Kundgebung des Bundes der Deutschen Jugend in Frankfurt, jener später in Nichts zerstorbenen Organisation, die auch einen sogenannten "Technischen Notdienst" aufgezogen hatte. Wie erinnerlich gab sich der "Technische Notdienst" Bürgerkriegsspielereien hin, er stellte Subskriptionslisten mit Namen von Männern auf, die im Falle des Falles liquidiert werden sollten. Die Liste enthielt fast ausschliesslich die Namen bekannter Sozialdemokraten... Die Empörung in der deutschen Öffentlichkeit fand ihren Niederschlag im Parlament, sie zwang die darin verwickelte Besatzungsmacht, ihre schützende Hand von dieser Organisation und ihren verbrecherischen Zielen wieder zurückzuziehen.

Herr Euler hatte sich durch seine Protektion für diese Organisation und ihre Methoden jedoch als versierter Gegner der Sozialdemokratie qualifiziert. Das brachte ihm die Anerkennung "nicht nur amerikanischer Kreise" in Gestalt klingender Münze ein für die Finanzierung der zweiten Bundestagswahl.

Dieser Vorgang ist beschämend und würdelos. Er trifft das Ansehen aller Volksvertreter. Als in den 30iger Jahren im britischen Unterhaus bekanntgeworden war, dass der Faschistenführer Mosley auch zu den Geldempfängern Mussolinis gehörte, bedeutete dies für diesen britischen Politiker den moralischen Tod. Das ganze Unterhaus fühlte sich in seiner Würde und in seiner Unabhängigkeit verletzt. Mosley verschwand in der politischen Wüste.

Leider gibt es im Bundestag noch keine Ehrenordnung, obwohl es an Bemühungen nicht gefehlt hat, sie zu schaffen. Wenn es je einen begründeten Anlass gab, mit dem Umfang der Reptilienfonds aufzuräumen, ganz gleich, ob sie von in- oder ausländischen Quellen gespeist werden, dann hat ihn das Verhalten und die Anfälligkeit des Herrn Euler auch für ausländische Gelder gegeben. Mit ihrer Hilfe hat er eine Partei bekämpft, die aus hundertjähriger deutscher Geschichte nicht mehr wegzudenken ist. Bei seinen künftigen Auftritten in der Öffentlichkeit wird die Frage stets unvermeidlich sein, ob und welche Wünsche nichtdeutscher Geldgeber damit verquickt sind.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau